



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Frau Maida

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: Kerstin.Maida@stadt-koeln.de

Datum: 20.10.2020

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 08.10.2019, 15:35 Uhr bis 17:55 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Klaus Piehler	
Frau Nele Werrmann	auf Vorschlag der AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Frau Anke Brunn	auf Vorschlag der SPD
Herr Jérôme Lenzen	auf Vorschlag der SPD
Herr Manfred Post	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz-Josef Knieps	auf Vorschlag der CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	auf Vorschlag der CDU
Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lorenz Deutsch	auf Vorschlag der FDP
Herr Dr. Alexander Kierdorf	für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger

Herr Dr. Ulrich Krings	für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	TSD
Frau Ute Palm	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Joachim Saurenbach	Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Verwaltung

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Günter Allerödter	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Herr Michael Lohaus	Planungsreferat

Schritfführerin

Frau Kerstin Maida	Dezernat Kunst und Kultur
--------------------	---------------------------

Gäste

Frau Susanne Regel	Initiative Freie Musik Köln e.V
Herr Thomas Gläßer	Initiative Freie Musik Köln e.V
Tobias Kassung	Initiative Freie Musik Köln e.V

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karl-Heinz Walter	SPD	vertreten durch Herrn Jürgen Kirchner
Frau Karin Reinhardt	CDU	vertreten durch Stephan Pohl

Beratende Mitglieder

Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	auf Vorschlag der SPD
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	auf Vorschlag der CDU
Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Sebastian Tautkus	auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Ahmet Altinova	auf Vorschlag des Integrationsrat

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende **Frau Dr. Bürgermeister** begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die Zuschauer. Sie bittet die Beigeordnete um die Erläuterungen und Ergänzungen zur Tagesordnung.

Frau **Laugwitz-Aulbach** begrüßt die Anwesenden und erläutert ergänzend zur Tagesordnung:

Es liegen die folgenden Tischvorlagen vor.

- TOP 8.8. - Beantwortung der Anfrage der Ratsgruppe GUT aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.08.2019 betr.: „Kartäuserwall 18 erhalten“
- TOP 10.4 Beantwortung der Anfrage der Denkmalpflege – Dr. Kierdorf -betr.: "Integration der Industriegeschichte im Stadtentwicklungsgebiet Mülheim-Süd"
- TOP 11.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen betr: Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung
hier: Sachstand Konzeption

Zum Tagesordnungspunkt 2.1 „Darstellung der Sparten“ hier: Szenebericht Musik bittet **Frau Laugwitz-Aulbach** um Erteilung des Rederechts für die drei Vorstandsmitglieder der Initiative Freie Musik Köln e.V. - Frau Susanne Regel, Herrn Thomas Gläßer sowie Herrn Tobias Kassung.

Aufgrund der sehr kurzen Sitzungsfolge liegen keine neuen Berichte zu den Kulturbauten unter TOP 9 vor. Frau Rinnenburger und Frau Brans lassen sich zudem entschuldigen – beide nehmen an der EXPO REAL in München teil.

Für den Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud liegen keine Tagesordnungspunkte vor. Der Ausschuss verständigt sich auf den Vorschlag der Dezernentin, dass der Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud entfällt.

Frau von Bülow vermisst die Vorlage zur Vergabe zu altersunabhängigen Stipendien in der bildenden Kunst. Die Gelder hierzu sind im Haushalt eingestellt. Sie befürchtet, dass diese für dieses Jahr verloren sind.

Frau Foerster antwortet, dass die Vorlage in der Schlussabstimmung ist. Mit dem Büro der Oberbürgermeisterin ist abgesprochen, dass es eine Dringlichkeitsentscheidung wird, damit es in diesem Jahr noch auf den Weg kommt.

Herr Professor Schäfer bittet, die TOP 4.4. und 4.5. zu schieben, da zu kurzfristig erhalten.

Frau von Bülow bittet, den TOP 4.1. zu schieben, da man erst die Sitzung des Lenkungskreises zum Kulturentwicklungsplan abwarten möchte.

Herr Zimmermann reagiert auf den Wunsch von Professor Schäfer und regt dennoch eine Diskussion heute an, um der Verwaltung bereits Handlungsempfehlungen mitgeben zu können. Eventuell ohne Beschluss.

Frau Stahlhofen schließt sich dem an.

Herr Professor Schäfer stimmt der Beratung zu, schließt einen heutigen Beschluss jedoch aus.

Beschluss zu 4.1.: Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur verständigt sich **einstimmig** auf die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Schwerpunktthemen**
 - 2.1 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Musik
3371/2019
- 3 Schriftliche Anträge**
- 4 Allgemeine Vorlagen**
 - 4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Lenkungskreises der Kulturentwicklungsplanung
1569/2019
Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.
 - 4.2 Haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen 2019
2844/2019
 - 4.3 Bezuschussung von Maßnahmen aus "Lärmschutzfonds für freie Kulturinstitutionen / Musikclubs" 2019, Teil 1
3304/2019
 - 4.4 Wettbewerb zu Karl Marx im Stadtbild
2719/2019

4.5 Wettbewerb zu Heinrich Böll im Stadtbild
2705/2019

4.6 Ankauf einer Spiegelkapsel aus Elfenbein, Paris um 1320-1330, für das Museum Schnütgen
3343/2019

5 Sonderausstellungen

6 Annahme von Schenkungen

6.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig, Annahme des Werkes von Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga
2946/2019

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, Bericht an den Ausschuss Kunst und Kultur
2184/2019

8.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"
1871/2019

8.3 Freier Eintritt in die städtischen Museen
3021/2019

8.4 Mittelverwendung einmaliger Zuschuss Weltmusikfestival Köln 2019
3362/2019

8.5 Geschäftsbericht 2018 des Kulturamtes
3375/2019

8.6 Sachstand Pilotprojekt Erstellung Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
3376/2019

8.7 Atelierförderkonzept - Information über Vergabekriterien
3373/2019

8.8 Beantwortung der Anfrage der Ratsgruppe GUT AN/1058/2019 aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.08.2019 betr.: „Kartäuserwall 18 erhalten“
3444/2019

9 Kulturbauten

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage Denkmalpflege - Herr Dr. Krings betr.:
Historische Gedenkplatte für die ehemalige Mars- bzw. mittelalterliche Michaelspforte
3396/2019

10.2 Beantwortung der schriftl. Anfrage der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr.: Separater Zugang zum VHS-Forum
3305/2019

10.3 Beantwortung der mündliche Anfrage von Frau Reinhard, CDU-Fraktion betr.:
Zugang zum Staatenhaus
3390/2019

10.4 Anfrage der Denkmalpflege betr.: Integration der Industriegeschichte im Stadtentwicklungsgebiet Mülheim-Süd
AN/0861/2019

Beantwortung der Anfrage der Denkmalpflege betr.: "Integration der Industriegeschichte im Stadtentwicklungsgebiet Mülheim-Süd"
3442/2019

11 Schriftliche Anfragen

11.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen betr.:
Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung
hier: Sachstand Konzeption
AN/1350/2019

12 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten; hier: Szenebericht Musik 3371/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Kassung unterstreicht, dass der IFM es schafft, alle Musikrichtungen zu repräsentieren und eine regelmäßige Kommunikation mit rund 1000 Akteuren zu gewährleisten. Der Szenebericht ist ebenfalls als gemeinsamer Standpunkt aller Beteiligten entstanden – eine große Koordinations-Leistung.

Er weist auf den Launch der Website musik-in-koeln.de hin – das verzahnte Angebot der Freien Musikszene in Köln.

Herr Kassung bedankt sich für die offene und vertrauensvolle Kommunikation mit der Verwaltung, sowohl Dezernat als auch Kulturamt, und auch mit den kulturpolitischen Sprechern.

Herr Gläßer erläutert anschließend den vorgelegten Szenebericht. Die Politik hat daraufhin die folgenden Fragen:

Herr Deutsch fragt nach dem aktuellen Stand des Musikförderkonzeptes. Wann ist dieses zu erwarten?

Herr Gläßer antwortet, dass das IFM hier noch dem Kulturamt zuarbeiten muss. Durch die internen Umstrukturierungen war das liegen geblieben. Man hofft aber, dass das Konzept noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann.

Herr Professor Schäfer fragt bezüglich des Wunsches nach Erhöhung der Mittel für die Interessenvertretung für organisatorische Stärkung. Welche Struktur soll da erreicht werden?

Desweiteren fordert der Bericht eine Entbürokratisierung der Projektförderung. Es wurde bereits eine Festbetragsfinanzierung für Projekte bis 5.000 € beschlossen. Wo wären weitere Schritte notwendig? Er folge dem Gedanken, dass Fördermittel so unbürokratisch wie möglich vergeben werden sollten.

Unter dem Punkt „Neue Musik“ steht die Forderung, „Fördern, was es von sich aus schwer hat“ als Leitlinie der Förderpolitik fortzuschreiben. Sollte dies nicht Grundsatz für alle Bereiche sein?

Herr Kassung zur letzten Frage: Es gehe um eine Verzahnung der Sparten. Moderne Musikensembles denken nicht mehr in stilistischen Schubladen. Ziel sollte eine bedarfsorientierte Förderung sein. Weniger das jede Sparte einen einzelnen Gelder-Topf hat.

Zusätzliche Gelder sind zum Beispiel auch nötig bzw. wurden bereits eingesetzt um die bereits angesprochenen neuen Strukturen und Vernetzungen zu schaffen – und auch, um die Kommunikation nach außen zu bewerkstelligen, wie zum Beispiel mittels der spartenübergreifenden Website musik-in-koeln.de.

Herr Gläßer ergänzt, dass die ehrenamtlich mögliche Arbeit begrenzt ist. Bündelung und gemeinsame Plattformen sind für die sehr kleinteilige Freie Szene mit vielen Einzelkünstlern und kleinen Ensembles sehr hilfreich und wirksam. Man sieht mittelfristig den Bedarf von mindestens einer halben Stelle – entweder mit flexiblen Hilfskräften, die verschiedene Kompetenzen einbringen oder mit einer Person, die beim IFM angesiedelt ist. Die Website benötigt darüber hinaus eine Redaktion, die die inhaltliche Bestückung und Koordination übernimmt.

Hinsichtlich der Entbürokratisierung könnte man andenken, ob eine Festbetragsfinanzierung auch bei höheren Projektsummen – beispielsweise bis 10.000 € - möglich wäre. Der IFM wünscht sich eine fristfreie und nachweisarme Kleinstförderung – wie es bereits bei ON mit den Mikrostipendien oder aber beim Jazz mit dem Fast-Cash-Model umgesetzt wird. Hier sind Gelder angedacht für Reisekosten, Saalmieten, etc.

Frau Stahlhofen freut sich, dass die Freie Szene der Musik zusammengefunden hat. Sie hebt die Qualität gerade der Kleinstgruppen hervor, die es sehr schwer haben, wahrgenommen zu werden und denen die neue Plattform sicher zugutekommt.

Herr Thelen merkt an, dass über das Gürzenich-Orchester ein Bürgerorchester gegründet werden soll. Außerdem gibt es bereits seit 6 Jahren ein BürgerInnenorchester in Nippes mit rund 100 Mitgliedern – das Flora-Sinfonieorchester. Gibt es für diese Orchester die Möglichkeit der Integration?

Herr Kassung muss dies verneinen, da es sich um Laienorchester handelt. Vom IFM werden ausschließlich professionelle, international wahrgenommene Musiker der Freien Szene vertreten. Das dafür zur Verfügung stehende Budget sei im Übrigen seit 10 Jahren gleichgeblieben.

Herr Post merkt an, dass es ja eine Förderung der Szenevertretung gibt. Aber die Kosten für Personal, Orga, Raum etc. können nur projektbezogen abgerechnet werden. Allgemerkosten seien nicht förderfähig. Herr Kassung und Herr Gläßer stimmen dem zu.

Frau von Bülow ist der Meinung, dass explizit institutionelle Förderung und nicht ausschließlich Projektförderung beschlossen wurde. Die Berichte aus der Szene und auch der Geschäftsbericht des Kulturamtes deuteten darauf hin, dass dies so nicht umgesetzt wird.

Herr Gläßer merkt noch an, dass einem Antragsvolumen von jährlich rund 1 Million € ein Förderbudget von 300.000 € gegenübersteht. Einzelprojekte werden mit Summen von 2.500 bis 10.000 € gefördert. Die Art des Projektes bzw. die Relevanz spielen dabei eine untergeordnete Rolle bzw. könne dies gar nicht differenziert werden. Größere kuratorische Vorhaben, Konzertreihen, aufwändige künstlerische Projekte können vom Kulturamt aktuell nicht unterstützt werden. Eine Differenzierung ist jedoch dringend nötig und auch die mehrjährige Projektförderung sollte gestärkt werden. Dies bittet er, ins neue Musikförderkonzept einfließen zu lassen.

Frau Dr. Bürgermeister dankt im Namen des Ausschusses für den sehr guten Bericht, die engagierte Präsentation und insbesondere auch für die ehrenamtliche Arbeit.

Frau Foerster: Die Förderung der Interessenvertretungen wurde am 08.11.2016 beschlossen. Die damalige Beschlussvorlage wurde von einem Änderungsantrag begleitet. Die Vorlage sah Projektzuschüsse vor – dies wurde vom Änderungsantrag nicht aufgehoben. Dieser hatte als Aussage, dass Strukturkosten, wie Personal, Miete, Organisationskosten mit einem Eigenanteil von mindestens 10% in die Projektanträge integriert werden können. Für die kommende Sitzung ist allerdings seitens Kulturamt eine neue Vorlage zu diesem Thema vorgesehen – da man in der Umsetzung sieht,

dass die Projektförderung an dieser Stelle nicht ausreicht. Die Förderart muss hierbei anders definiert werden hin zu einem Betriebskostenzuschuss, um im generellen Agieren fördern zu können.

Frau von Bülow verweist noch einmal auf den Änderungsantrag, der ausdrücklich Strukturkosten behandelt und somit eine institutionelle Förderung vorsah.

Frau Foerster ergänzt, dass Projektförderung ausgeschrieben und sich darauf beworben wurde. Die Notwendigkeit der Änderung wird gesehen und in der avisierten Vorlage berücksichtigt.

Herr Professor Schäfer: Außerfrage stehe die Notwendigkeit die Kompetenzen der Interessenvertretungen und deren Möglichkeiten zu stärken. Dies könne nicht über einmalige Projektfinanzierung laufen. Eine diesbezügliche Korrektur sollte schnell und nicht nur auf die Sparte Musik bezogen auf den Weg gebracht und umgesetzt werden.

3 Schriftliche Anträge

4 Allgemeine Vorlagen

4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Lenkungskreises der Kulturentwicklungsplanung 1569/2019

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen 2019 2844/2019

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur genehmigt zur Aufrechterhaltung der Liquidität die haushaltsneutrale Umschichtung von 346.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit Verwendung der Mittel gemäß der beigefügten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Bezuschussung von Maßnahmen aus "Lärmschutzfonds für freie Kulturinstitutionen / Musikclubs" 2019, Teil 1 3304/2019

Frau Werrmann: Bei den Antragstellern handele es sich um Unternehmungen. Warum beantragen diese für die Realisierung der Lärmschutzmaßnahmen keinen Kredit bei ihrer Bank?

Frau Foerster: Nicht nur Vereine sind zuschussfähig. Auch GmbHs und GbRs können die Zuschüsse beantragen, wenn sie künstlerisch wertvoll und nicht profitabel arbeiten.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Bezuschussung der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen aus „Lärmschutzfonds für freie Kulturinstitutionen und Musikclubs“ bis zu der maximal genannten Fördersumme (Einzelheiten siehe Anlage):

- | | |
|---|-------------|
| • Reinecke Fuchs GmbH | 4.000 Euro |
| • King Georg / Milestones GmbH & Co. KG | 18.000 Euro |
| • BHF Ehrenfeld GmbH | 27.000 Euro |

49.000 Euro

Die Mittel in Höhe von bis zu 49.000 Euro stehen im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – auf Basis der Zustimmung zur Beschlussvorlage 1675/2019 / Einrichtung eines „Lärmschutzfonds für freie Kulturinstitutionen und Musikclubs“ zur Verfügung.

Sofern eine Änderung der Zuschussempfänger oder eine Änderung der Zuschusshöhe für die aufgeführten Zuschussempfänger, die 50 Prozent des Ursprungsbetrags übersteigt, von der Verwaltung beabsichtigt ist, bedarf es einer erneuten Beschlussfassung durch den Finanzausschuss.

Für die verbleibenden Mittel in Höhe von 251.000 Euro wird eine gesonderte Beschlussvorlage eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Wettbewerb zu Karl Marx im Stadtbild 2719/2019

Die Vorlagen unter TOP 4.4. und TOP 4.5. sind thematisch ähnlich und werden daher zusammen behandelt.

Frau Brunn zu TOP 4.4.: Ausgangspunkt von Antrag und Beschluss im letzten Jahr, war, dass das Fehlen der Karl-Marx-Plakette bemerkt worden war. Auftrag war, Konzept und Wettbewerb zu entwickeln, wie in geeigneter Weise im öffentlichen Raum an Karl Marx erinnert werden kann. Dieses Konzept liegt nicht vor. In dieses Konzept

sollten sich Experten einbringen wie beispielsweise das Kölnische Stadtmuseum, das Stadtarchiv, Experten der Stadtgeschichte, Landschaftsverband. Erst im zweiten Schritt kann dann der Wettbewerb initiiert werden. Die in der Vorlage vorgeschlagenen Wettbewerbsmodalitäten sind ihr zu starr – es ist kein offener Wettbewerb.

Ähnliches gelte für Heinrich Böll / TOP 4.5. Bei den Entscheidern müssten Experten der Literaturszene vorbereitend hinzugezogen werden. Übergreifende Aspekte der Stadtentwicklung müssten ebenso berücksichtigt werden. Sie befürwortet, dass man die Vorlagen diesbezüglich überarbeitet.

Frau Stahlhofen hat den Auftrag ganz anders verstanden. Ziel solle sein, auch über Böll und Marx hinaus, Konzepte zur modernen Sichtbarmachung zu entwickeln – eine gemeinsame Linie. Der aktuelle Vorschlag würde der großen Bedeutung der beiden Persönlichkeiten nicht gerecht. Konzeptionskosten von 1.000 € je Einreichung seien zu gering bemessen. Da heute nicht beschlussfähig, wird das Thema in den Veränderungsnachweis aufgenommen.

Frau von Bülow: Auftrag des Rates war die Sichtbarmachung von Marx und Böll im Stadtbild unter Berücksichtigung der wichtigsten Orte des Schaffens. Nicht: Schaffung eines Kunstwerks. Die Umsetzung kann für beide Personen sehr unterschiedlich sein und muss auch nicht gegenständlich sein. Ein Konzept sei nicht ersichtlich. Die Vorlage müsse zeitnah überarbeitet werden.

Herr Zimmermann bekräftigt, dass die Vorlagen dem Ratsauftrag und dem Ansehen von Marx und Böll nicht gerecht werden. Er wünscht sich einen angemesseneren Vorschlag.

Herr Dr. Krings macht den Vorschlag, den Skulpturenreigen des Rasturms an bestimmten Tagen von guten Lichtdesignern so illuminieren zu lassen, dass einzelne Persönlichkeiten exponiert gewürdigt werden - Marx und Böll, aber auch Offenbach seien da beispielsweise sehr gut dargestellt.

Herr Professor Schäfer stellt den Antrag, dass dem Ausschuss zeitnah – in der Sitzung im Januar - dem Ratsauftrag entsprechende und der Bedeutung der Persönlichkeiten angemessene Konzepte vorgelegt werden. Zum Thema Marx-Plakette vermisst er gänzlich die Antwort.

Frau Stahlhofen entgegnet zum Vorschlag von Dr. Krings, dass die Figuren am Rasturm nur von der Piazzetta aus zu erkennen sind.

Herr Lohaus stimmt zu, dass man mit jeweils 5.000 € keinen international beachteten Wettbewerb durchführen kann. Und dennoch bindet diese kleine Summe bereits 1/3 des für Kunst im Öffentlichen Raum zur Verfügung stehenden Budgets. Die restlichen Mittel sind bereits vertraglich gebunden. Eine Mittelerhöhung würde sicher die Qualität des Wettbewerbs erhöhen. Für die letzte Realisation des Ergebnisses werden dann wiederum neue Mittel aufzubringen sein. Die Verwaltung präferiert keineswegs die Lösung eines weiteren Denkmals. Die kreative und innovative Ideenfindung wolle man den Künstlern übertragen. Kölnisches Stadtmuseum, Archiv und auch die Familie Böll sind in den Prozess mit eingebunden – man strebt ein modernes Konzept an, dass auf weitere Persönlichkeiten erweiterbar ist.

Herr Sörries kann der Vorlage nicht entnehmen, dass es sich um einen Wettbewerb für ein Konzept handeln soll. Eventuell ist das ideale Ergebnis auch kein Kunstwerk, sondern eine Stadtführung oder etwas Geschichtliches. Das kann der Wettbewerb so nicht hervorbringen.

Frau Dr. Bürgermeister greift den Wunsch auf, dass heute nicht beschlossen werden soll. Zur Frage, was ein Konzept ist und was von der Verwaltung erwartet wird, muss man sich eventuell im Kreis der kulturpolitischen Sprecher noch einmal verständigen.

Herr Lohaus antwortet zur Plakette. Er ist mit der Volkshochschule, die keine Dienststelle des Kulturdezernats ist, in Kontakt. Das Gebäude gehört zur Gebäudewirtschaft. Dort und auch bei der VHS selbst sucht man aktuell in den Unterlagen nach alten Materialien zu dieser Plakette – bislang ohne Ergebnis. Man versucht noch auf anderen Wegen, an alte Aufnahmen der Plakette zu kommen – so auch in den Archiven. Aktuell ist sie nicht rekonstruierbar. Eventuell müsste man eine neue Plakette konzeptionieren.

Die Ausschussvorsitzende beendet die Diskussion und lässt über den Antrag von Professor Schäfer abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorlage zu überarbeiten und in der Sitzung im Januar 2020 erneut vorzulegen. Dabei soll zunächst die Konzeption vorgestellt und in einem zweiten Schritt ein Vorschlag zur Umsetzung präsentiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Wettbewerb zu Heinrich Böll im Stadtbild 2705/2019

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorlage zu überarbeiten und in der Sitzung im Januar 2020 erneut vorzulegen. Dabei soll zunächst die Konzeption vorgestellt und in einem zweiten Schritt ein Vorschlag zur Umsetzung präsentiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Ankauf einer Spiegelkapsel aus Elfenbein, Paris um 1320-1330, für das Museum Schnütgen 3343/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt zu 1. Und empfiehlt dem Finanzausschuss zu 2. Wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur stimmt dem Ankauf des Elfenbeinreliefs einer Spiegelkapsel, Paris im 1320, von der Galerie Brimo de Larousshile, Paris, zum Preis von 360.000 Euro für das Museum Schnütgen zu.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe in Höhe von insgesamt 360.000 Euro bei Finanzstelle 4500-0401-0-1000 – Ankaufsetat Museen, Teilfinanzplan 0401 – Museumsreferat – bei der Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Hpl. 2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Sonderausstellungen

6 Annahme von Schenkungen

6.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig, Annahme des Werkes von Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga 2946/2019

Frau Werrmann hinterfragt wiederum das Model des Schenkens gegen Spendenbescheinigung.

Frau Laugwitz-Aulbach betont, wie dankbar sie der Initiative „Junger Ankauf“ für ihr Engagement für das Museum Ludwig ist. In diesem besonderen Fall handelt es sich zudem um eine reine Schenkung und ist nicht mit einer Etat-Toppung durch das Museum gekoppelt.

Die Ausschussvorsitzende rügt die immer wiederkehrende Diskreditierung von Schenkenden und Spendenden durch die Vertreterin der AFD-Fraktion. Sie ist dankbar für die Initiativen, die regelmäßig dafür sorgen, dass die Museen ihre Sammlungen erweitern können.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung des Kunstwerks Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, Bericht an den Ausschuss Kunst und Kultur 2184/2019

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln" 1871/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Scho-Antwerpes würdigt die beeindruckende Studie. Sie merkt jedoch an und hat das bereits auch schon an die entsprechende Stelle kommuniziert, dass man verärgert hat, die Abkürzung LSBTIQ einmal auszuschreiben. Bei der Neuauflage wird man das berücksichtigen.

Herr Saurenbach ergänzt, dass es 16 Jahre gedauert habe, bis diese Studie initiiert wurde. Im Übrigen haben Lesben, Schwule und Transgender einen 10% Anteil an der Bevölkerung. Er regt an, dass sich das auch bei der Zusammensetzung des Rates widerspiegelt.

8.3 Freier Eintritt in die städtischen Museen 3021/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.4 Mittelverwendung einmaliger Zuschuss Weltmusikfestival Köln 2019 3362/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau von Bülow fragt an, ob angedacht ist, diesen Runden Tisch zu verstetigen.

Frau Foerster: Die erste Veranstaltung hat Anfang Oktober stattgefunden, die zweite Runde folgt im November. Danach wird sich der Runde Tisch noch einmal treffen und zu den Ergebnissen und zum Prozess austauschen. Dann kann man auch überlegen, wie man weiter vorgeht. Ob man ähnlich weitermacht oder aber ein Festival plant. Es bleibt auch die Diskussion, wie es mit einem Büro für globale Musik weitergehen soll.

Frau von Bülow: Im Zusammenhang mit der Mittelfreigabe für das Weltmusikfestival gab es den Auftrag an das Kulturdezernat, die Einrichtung des Büros konzeptionell vorzustellen. Ist dafür innerhalb der Kulturverwaltung Geld bereitgestellt worden?

Frau Foerster: Mittel für das Büro würden vorerst aus Projektmitteln bereitgestellt. Alles weitere hängt davon ab, wie man die Erfahrungen aus dem ersten Probelauf bewertet. Auch deshalb hat man jetzt noch kein Konzept für ein Büro vorgelegt. Man

möchte erst schauen, welche Veranstaltungen und welche Strukturen dauerhaft Sinn machen.

Herr Professor Schäfer bittet um einen Bericht über die Auswertung.

Frau Foerster sagt das zu,

8.5 Geschäftsbericht 2018 des Kulturamtes 3375/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis – der Bericht wurde postalisch an alle Mitglieder verschickt und ist online abrufbar.

Frau Foerster erläutert die Besonderheiten des Berichtes zum Jahr 2018. Es gibt bereits erste Auswirkungen der Zusetzungen aus Leitprojekt und Politischem Veränderungsnachweis. Dadurch gibt es neue Initiativen, insbesondere bei Literatur und Tanz. Aber auch in der Popkultur hat es einen Zuwachs an Anträgen mit tollen Projekten gegeben.

Herr Professor Schäfer vermisst im Bericht Aussagen zur kulturellen Bildung.

Frau Foerster: Dies ist Aufgabengebiet des Schuldezernats. Das Kulturramt leistet hier Vermittlungsarbeit.

Anders das Museumsreferat – beim Museumsdienst findet Kulturelle Bildung statt.

Frau von Bülow regt an, dass man es dennoch mit in den Bericht aufnimmt und würdigend auf die Bildungsarbeit der Freien Träger hinweist.

Herr Thelen: Bildung ist eine große Querschnittsaufgabe. Diese Synergieergebnisse sollten auch im Geschäftsbericht abgebildet werden.

Frau Laugwitz-Aulbach kündigt an, dass sie demnächst einen Termin mit Herrn Beigeordneten Voigtsberger hat, der ausschließlich diesem Thema gewidmet ist: Wie kann man Themen künftig besser verknüpfen, Austausch der Themen der Ausschüsse, Intensivierung der Zusammenarbeit beim Thema Kulturelle Bildung. Im Zuge der Verwaltungsreform könnte man sich auch überlegen, dass die beiden Dezernate ein gemeinsames Thema in den Vordergrund rücken.

Herr Knieps führt ein Projekt der Offenbachstiftung an – Schüler über Offenbach. Dies sei komplett über das Schulministerium gelaufen. Eine Verknüpfung mit der Kultur wäre aber auch da sinnvoll gewesen. Kulturelle Bildung gehöre nicht nur in die Schule.

Frau Foerster ergänzt, dass aktuell dafür im Haushalt des Kulturamtes kein Geld zur Verfügung steht.

Herr Zimmermann bittet Frau Laugwitz-Aulbach in ihrem Gespräch mit Herrn Voigtsberger eventuell auch die Abspaltung der Schulbibliotheken aus den großen Bibliotheken zu diskutieren.

8.6 Sachstand Pilotprojekt Erstellung Förderkonzept Kulturelle Teilhabe 3376/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Her Thelen lobt die sehr gute Auftaktveranstaltung. Er bittet, die Hauptveranstaltung jedoch so zu planen, dass eine Teilnahme vielen Interessenten möglich ist. Er fragt, mit wem die Veranstaltung vorbereitet wird?

Frau Foerster erläutert, dass es sich um ein Pilotprojekt „Bürgerbeteiligung“ der Verwaltungsreform handelt. Die Abstimmung erfolgt eng über die Abteilung „Bürgerbeteiligung“ im Amt der Oberbürgermeisterin. Die Freiwilligen-Agentur begleitet und moderiert die Veranstaltung. Die Ergebnisse werden jetzt gefiltert - abhängig von den Ergebnissen wird dann entschieden, wie man weiter methodisch vorgeht.

Herr Lenzen merkt an, dass einige Gruppen der Einladung nicht folgen konnten – was eventuell auch an der Uhrzeit, 15 Uhr an einem Wochentag, gelegen haben kann.

Frau Foerster: Frühere Termine seien für viele aus beruflichen Gründen nicht machbar. Eine spätere Terminierung ist ob des großen Pensums der Veranstaltung ungünstig. 16/17 Uhr könne man aber andenken.

8.7 Atelierförderkonzept - Information über Vergabekriterien 3373/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Professor Schäfer lobt die erste Veranstaltung im Rahmen des Beteiligungsprozesses. Ihm ist aufgefallen, dass es keine übertriebenen Begehrlichkeiten seitens der Künstler / Ateliernutzer gebe, sondern auch von dieser Seite eine realistische Einordnung der Situation. Es sei eine sehr differenzierte Debatte gewesen. Er bittet, dass die Bilder der Wandzeitung dem Kulturausschuss als Dokumentation zur Verfügung gestellt werden.

Frau von Bülow möchte wissen, welche Gewichtung die einzelnen Kriterien haben. Finden aktuell Entscheidungen über Vergabe von Ateliers statt? Wenn ja, schlägt sie ein Moratorium bis zur Klärung der Vergabekriterien vor.

Herr Deutsch fragt zum Verständnis: Es gäbe eine Unterscheidung von Kriterien zur Entscheidung und desweiteren begünstigende Faktoren. Sind die Entscheidungskriterien „Must haves“? Wobei dort auch zwei eher weiche Punkte aufgeführt seien.

Frau Foerster antwortet, dass diese Kriterien so bereits seit etlichen Jahren angewandt werden. Die unter „Kriterien für die Entscheidung“ aufgeführten Punkte müssen vom Antragsteller nachgewiesen werden. Hinzu kommen positiv begünstigende Faktoren, die aufgeführt werden können und auch sollten. Die Beiräte beraten über die einzelnen Kriterien und gewichten mit anschließender Diskussion jeden einzelnen Fall. Es sind keine rein rechnerischen Entscheidungen.

Die letzte Beiratssitzung war vor der Sommerpause – bedauerlicherweise gab es da negative Entscheidungen - wie auch so bereits in den Jahren zuvor geschehen. Frau Foerster spricht sich gegen ein Moratorium aus – eben weil es einen mit der Entscheidungsfindung beauftragten Beirat gibt, der sich seit vielen Jahren an den gleichen Vergabekriterien orientiert. Sie kündigt ein neues Atelierförderkonzept an. Für dieses überlegt man eine Ausweitung des Kriterienkatalogs. Die Qualitätskriterien wurden jedoch bislang von niemandem infrage gestellt und werden daher sicher beibehalten.

Zur Gewichtung: Der erste Kriterienblock muss gegeben sein. Alles andere sind additiv positiv beeinflussende Faktoren, deren Gewichtung individuell diskutiert wird.

Herr Professor Schäfer empfindet die Kriterien als sehr offen und weit gefasst, so dass dem Beirat ein großer Entscheidungsspielraum zufällt. Was bedeutet in dem Zusammenhang das Kriterium „relevante Ausstellungspraxis“? Dies wird sicher im Beirat differenziert. Aber was ist mit den Künstlern, die keine Möglichkeit haben, Ausstellungspraxis zu erlangen? Oder aber jene, die nur privat ausstellen. Wie geht man damit um, wenn Künstler sich nachweislich bemühen, aber keine Gelegenheit bekommen auszustellen?

Frau Foerster: „Relevante Ausstellungspraxis“ ist als Kriterium mit festgelegt worden und wird so praktiziert. Diese Fragestellung muss dann eventuell im Rahmen des Runden Tisches diskutiert werden. Die Frage ist – „Was ist ein professioneller Künstler“?

Herr Sörries merkt an, es würde gefördert, wer sich in Abhängigkeit zu Galerien begibt, wo ein Markt mitverdient. Wenn Künstler sich selbst vermarkten, würde das negativ ausgelegt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Bürgermeister bittet darum dass diese Anmerkungen für die Weiterentwicklung des Atelierförderkonzepts Berücksichtigung finden. Auch wenn einige Entscheidungen umstritten sind, möchte sie den Beiräten danken, die die Förderkonzepte umsetzen. Dies sei eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die mit viel Engagement angegangen wird.

8.8 Beantwortung der Anfrage der Ratsgruppe GUT AN/1058/2019 aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 05.08.2019 betr.: „Kartäuserwall 18 erhalten“ 3444/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Zimmermann betont, dass nicht das Projekt „Theater der Keller im Kat 18“ infrage gestellt wird. Es geht um den Umgang mit den weiteren MieterInnen im Objekt bzw. um die Fortführung derer Mietverträge. Die zusätzliche Information der Mitteilung, es sei ein Mietvertrag zwischen LEG und TDK geschlossen worden, sei verwirrend. Habe es doch zwischenzeitlich seitens Verwaltung geheißen, es gäbe noch keinen Mietvertrag. Bzw. dass man seitens Stadt auf die Mietverträge keinen Einfluss habe. Dennoch sei der Stadt ein Verbleib von TDK in der Südstadt und der Erhalt von KAT 18 als soziokulturellem Zentrum wichtig. Herr Zimmermann vermisst ein gewisses Engagement der Stadt, dieses Projekt in Gänze zu erhalten. Zudem hätte man auch um eine Einschätzung seitens Kulturverwaltung gebeten. Gab es Gespräche seitens Kulturverwaltung mit dem Theater, LEG oder den anderen Nutzern?

Herr Saurenbach stellt klar, dass seines Wissens nach SchulZ und Bildungswerk kein Interesse an einer Fortsetzung der Mietverträge haben.

Herr Professor Schäfer merkt an, dass die für TDK geplanten Mietflächen nicht in Nutzung bisheriger Mieter seien. In dem Zusammenhang ist aber die aktuelle Antwort der Verwaltung nicht zu verstehen. Die Antwort, die Stadt habe auf einen privaten Mietvertrag keine Einflussmöglichkeiten, kann er nicht nachvollziehen. Es fehlt die Darlegung plausibler Gründe.

Frau Foerster stellt klar, dass es noch keinen Mietvertrag mit TDK gibt. Aktuell gäbe es nur einen Untermietvertrag mit der ehemaligen Mieterin des Flohmarktgeschäfts. Die eigentlichen Mietvertragsverhandlungen laufen noch. Es geht aber um die identischen Räume. TDK will niemanden verdrängen. Parallele Kündigungen haben damit nichts zu tun.

Herr Professor Schäfer fragt, was die Stadt tun kann.

Frau Foerster: Die Stadt kann zu vermittelnden Gesprächen einladen und Kompromissvorschläge unterbreiten. Die örtlichen Gegebenheiten lassen ihrer Meinung nach ein Miteinander zu.

Herr Saurenbach berichtet, dass es auch in der Vergangenheit ein problemloses Miteinander verschiedenster Nutzer im Objekt gegeben hat. Und er glaubt auch, dass das zukünftig mit dem Theater funktionieren kann. Auf der anderen Seite stünden die Interessen der LEG.

Herr Professor Schäfer bittet darum, die missverständlichen oder auch fehlerhaften Punkte der Mitteilung zu korrigieren.

Frau Laugwitz-Aulbach kündigt an, die Problematik kurzfristig im Verwaltungsvorstand zu thematisieren und den zuständigen Beigeordneten auf geeignete Lösungsansätze anzusprechen.

9 Kulturbauten

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage Denkmalpflege - Herr Dr. Krings betr.: Historische Gedenkplatte für die ehemalige Mars- bzw. mittelalterliche Michaelspforte 3396/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Dr. Krings fragt nach, wann konkret mit der Umsetzung zu rechnen ist. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

10.2 Beantwortung der schriftl. Anfrage der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr.: Separater Zugang zum VHS-Forum 3305/2019

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Herr Dr. Piehler: Es gibt Veranstaltungen im VHS-Forum, bei denen ein Zugang durch das Museum nicht wünschenswert ist. Ist es richtig, dass die Möglichkeit besteht, den Saal auch über den Seiteneingang zu erschließen? Wenngleich mit erheblichem personellen Aufwand.

Frau Laugwitz-Aulbach: Bei Gesprächen im Rahmen der Veranstaltungen, die vor Ort stattgefunden haben, hat sich herausgestellt, dass der separate Zugang bislang nicht realisierbar war. In weiteren Diskussionen wird sie das noch einmal aufgreifen.

**10.3 Beantwortung der mündliche Anfrage von Frau Reinhard, CDU-Fraktion
betr.: Zugang zum Staatenhaus
3390/2019**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**10.4 Anfrage der Denkmalpflege betr.: Integration der Industriegeschichte im
Stadtentwicklungsgebiet Mülheim-Süd
AN/0861/2019**

**Beantwortung der Anfrage der Denkmalpflege betr.: "Integration der In-
dustriegeschichte im Stadtentwicklungsgebiet Mülheim-Süd"
3442/2019**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Herr Kierdorf bedankt sich für die Antwort. Er findet es jedoch bedauerlich, dass die Stadt die Ausgestaltung den privaten Investoren überlässt und keinen Einfluss nimmt zur weiteren Würdigung der industriekulturellen Vergangenheit durch Umnutzung von zentralen Industriedenkmalen – wie ursprünglich im Planungsentwurf abgebildet.

11 Schriftliche Anfragen

**11.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen
betr.: Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in
die Stadtplanung
hier: Sachstand Konzeption
AN/1350/2019**

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Mündliche Anfrage Herr Dr. Elster; hier: Fotozentrum

Herr Dr. Elster erwähnt einen Beitrag in der Rheinischen Post, in dem Ministerpräsident Laschet für ein Fotozentrum im Düsseldorfer Hofgarten wirbt. Der Oberbürgermeister Düsseldorfs habe sich ebenfalls bereits zu diesem Thema geäußert.

Hintergrund sei, dass der Bund ein Interesse an einem Fotozentrum im Rheinland bekundet habe und dafür auch Bundesmittel zur Verfügung stünden. Inwieweit bringt sich die Stadt Köln in diese Diskussion ein?

Frau Laugwitz-Aulbach antwortet, dass sie hierzu mit dem Kulturdezernenten Düsseldorfs, Herrn Lohe, im Austausch sei. Ihr sei neu, dass das Zentrum über Bundesmittel finanziert werden soll. Sie hat sich ebenso mit der Photoszene Köln zu diesem Thema zusammengefunden. Ergebnisse kann sie dazu noch nicht verkünden, aber sie wird sich für Köln einsetzen.

Herr Professor Schäfer wirft den Hinweis ein, dass es in Düsseldorf bereits einen fertigen Entwurf eines namhaften Architekturbüros gäbe. Köln hat sicher die größere Bedeutung in der Fotoszene und man sollte da am Ball bleiben.

Die Ausschussvorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Kerstin Maida
(Schriftführung)